

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt  
Lüdenscheid**

**am 07.11.2005**

**im Violetten Saal des Kulturhauses**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

#### **von der CDU-Fraktion:**

Ratsherr Oliver Fröhling	CDU	
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs	CDU	für Ratsherrn Schulte
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer	CDU	
Ratsherr Stefan Pietzner	CDU	
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU	für Ratsherrn Adam
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Ingo Diller	SPD
Ratsfrau Eveline Haue	SPD
Ratsherr Harald Metzger	SPD
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek	SPD
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Jens Voß	SPD

#### **von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen:**

Ratsherr Hermann Morisse	Grüne
--------------------------	-------

#### **von der FDP-Fraktion:**

Ratsherr Bruno Schwarz	FDP
------------------------	-----

#### **von der Fraktion Lüdenscheider Liste:**

Ratsfrau Angelika Linnepe	LL
---------------------------	----

#### **Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:**

Ratsherr Peter Oettinghaus	AfL
----------------------------	-----

#### **Gäste:**

Herr Jörg Marré	LSM
-----------------	-----

#### **Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Dr. Wolfgang Schröder  
Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler  
Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen  
Herr Michael Walker  
Herr Wolfgang Löhn

zu Punkt 5. der öffentlichen Sitzung

**Schriftführerin:**

Frau Ulrike Ehart

**Abwesend:**

**von der CDU-Fraktion:**

Ratsherr Norbert Adam  
Ratsherr Bernd Schulte

CDU  
CDU

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

**1. Öffentliche Fragestunde**

---

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

**2. Vorgehensweise zum Haushaltsplan 2006  
Vorlage: 271/2005**

---

Stadtkämmerer Blasweiler erläutert die Vorlage und geht auf Einzelheiten ein. Er weist u.a. darauf hin, dass Rat und Verwaltung hier nicht vor der Frage stünden, ob sie mit dem HSK weitermachen könnten, sondern ob sie einen genehmigungsfähigen Haushalt, d. h. einen ausgeglichenen Haushalt erstellt bekämen, oder ob kein genehmigungsfähiger Haushalt im Rahmen der Bilanz zu den Regeln der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 81 GO vorgelegt werden könne. Die um 3 Millionen gestiegenen Ausgaben ließen sich mit Bordmitteln irgendwie auffangen, die um 12 Millionen hinter dem Ansatz gebliebenen Einnahmen aber auf keinen Fall.

In der sich nun anschließenden regen Diskussion wird fraktionsübergreifend befürwortet, von der Beteiligung der Fraktionen an der HSK-Gruppe, wie in der Vorlage von der Verwaltung vorgeschlagen, abzusehen. Die Verwaltung sei hier am Zuge und habe den Fraktionen Einsparvorschläge zu machen, dies könne von der Politik nicht geleistet werden. Erste Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer schlägt vor, die von der Verwaltung vorzulegende Einsparliste im dafür zuständigen Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und Finanzentwicklung zu diskutieren. Dort könne gemeinsam versucht werden, strategische Linien zu erarbeiten. Ratsherr Metzger spricht an, was sei die Aufgabe der ehrenamtlichen Politik und was Aufgabe der Verwaltung und des Bürgermeisters?. Aus Sicht eines ehrenamtlichen Politikers müsse die Verwaltung schon die Vorlage liefern, in welchen Bereichen und mit welcher Maßnahme man was einsparen könne. Danach müsse dann natürlich die politische Diskussion erfolgen, wo und zu welchen Einsparvorschlägen politische Mehrheiten zustande kommen. Ratsherr Schwarz weist darauf hin, dass auch viele freiwillige Leistungen überdacht und Entscheidungen herbeigeführt werden müssten.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Bürgermeister Dzewas den geänderten Beschlussvorschlag aus der Begründung zur Abstimmung, wo unter dem Punkt „Weitere Vorgehensweise“ der Absatz mit der HSK-Gruppe gestrichen ist:

#### Weitere Vorgehensweise

Die Verwaltung ist gewillt, das Problem des Haushaltsausgleichs offensiv anzugehen.

Um im Verfahren weiter zu kommen, wird die Verwaltung den Entwurf des Haushaltsplans 2006 wie geplant in der Ratssitzung am 12.12.2005 auf der oben geschilderten Basis einbringen.

Zur Sitzung wird sich die Verwaltung bemühen, einen intern abgestimmten Vorschlag zumindest zur Reduzierung des Fehlbedarfs des Verwaltungshaushalts in Höhe der in **Anlage 1** aufgeführten Mehrausgaben von rd. 3,0 Mio. € vorzulegen. Die Anlage 1 ist dem Original der Niederschrift beigelegt.

Ziel muss es sein, einerseits die Defizite der Folgejahre nicht weiter zu erhöhen und so bald wie möglich ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erreichen.

#### **Beschluss:**

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Vorgehensweise zum Haushaltsplan 2006 wird in der geänderten Form bestätigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 16

### **3. Informationsveranstaltung zur künftigen Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen im Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf am 15.11.2005 Genehmigung einer Dienstreise Vorlage: 272/2005**

---

#### **Beschluss:**

Die Fahrt des Bau- und Verkehrsausschusses zum Landtag Nordrhein-Westfalen nach Düsseldorf wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Nein-Stimmen: 1

**4. Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Lüdenscheid  
Vorlage: 249/2005**

---

**Beschluss:**

Das Handlungstableau zum Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die überörtliche Prüfung der Stadt Lüdenscheid für die Jahre 2000 bis 2003 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 16

**5. Berichtswesen;  
hier: Konzept zur Belebung des neugestalteten Rathausplatzes und des  
Bürgerforums  
Teil I. Abschlussbericht für den Rathausplatz  
Vorlage: 265/2005**

---

Bürgermeister Dzewas weist darauf hin, dass die Vorlage 265/2005 mit Schreiben vom 03.11.2005 bereits zugegangen ist.

Herr Lohn erläutert mit einem Beamervortrag den vorliegenden Bericht und geht auf Einzelheiten ein.

In der sich anschließenden Diskussion weist Ratsfrau Gabler u.a. darauf hin, dass eine Überfrachtung des Platzes mit Veranstaltungen und der daraus resultierenden Lärmbelästigung für die Anwohner nicht hingenommen werden könne. Ratsfrau Linnepe plädiert für eine Belebung der hinteren Platzbereiche, die Anwohner der Innenstadt müssten auch eine gewisse Lärmbelästigung in Kauf nehmen. Herr Marré weist darauf hin, dass ohne eine vernünftige Planung eine Belebung der Plätze nicht zu erreichen sei, Gruppen müssten gezielt angesprochen und animiert werden. Daher sei ein zentraler Ansprechpartner wünschenswert, man müsse über vernünftige Lösungen nachdenken. Ratsherr Diller erinnert daran, dass die Interfraktionelle Arbeitsgruppe Innenstadt ein Konzept für die Plätze gefordert habe, wie es heute vorgelegt werde. Ratsherr Morisse plädiert dafür, über die halbe zusätzliche Stelle für das Platzmanagement in den Fraktionen zu beraten, während Ratsherr Schwarz anregt, das Infopaket für die Veranstalter zu überarbeiten.

Mit der Zusage, die Anregungen in die Überlegungen mit einzubeziehen, stellt Bürgermeister Dzewas die Vorlage 265/2005 zur Abstimmung und der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst nachfolgenden

**Beschluss:**

Der dem Original der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15  
Enthaltungen: 1

## **6. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte**

---

Keine.

## **7. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

### **7.1. Bekanntgaben**

---

Keine.

### **7.2. Beantwortung von Anfragen**

---

#### **7.2.1. Einführung eines parkgebührenfreien Tages**

---

Bürgermeister Dzewas informiert, dass der Aufsichtsrat die Geschäftsführung der LSM beauftragt habe, die Vergleichsgebühren in anderen Städten zu ermitteln und die Ergebnisse der Tarifkommission zur weiteren Erörterung zuzuleiten.

Die abschließende Beantwortung der Anfrage werde zu gegebener Zeit erfolgen, wenn ein Beratungsergebnis vorliege.

### **7.3. Anfragen**

---

#### **7.3.1. Sicherstellung des Schwimmunterrichts der Schulen nach Schließung des Wellenbades**

---

Ratsherr Voß verliest seine Anfrage, die der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

Die Beantwortung der Anfrage durch das Schulverwaltungs- und Sportamt vom 07.11.2005 wird wie folgt der Niederschrift beigefügt:

„Nach den hier derzeit vorliegenden Informationen kann der Schwimmunterricht der Lüden-scheider Schulen im künftigen Bäderkomplex Nattenberg sichergestellt werden.

Sollte das Wellenbad geschlossen werden, die Baumaßnahme Nattenberg jedoch noch nicht abgeschlossen sein, so werden die weiterführenden Schulen für diese Übergangszeit mit vertretbaren Einschränkungen rechnen müssen. Im Bereich der Grundschulen muss versucht werden, evtl. vorhandene freie Kapazitäten in den Bädern der Sportklinik Hellersen und des Diabetikerzentrums Danziger Weg zu nutzen. Ggfs. können auch in den beiden städt. Lehrschwimmbädern im Rahmen von Organisationsänderungen Nutzungszeiten geschaffen werden.

Die Verwaltung wird den Zeitpunkt der Schließung des Wellenbades zeitnah mit den Stadtwerken erörtern.“

#### **7.3.2. Einsatz des KTW gemäß Rettungsbedarfsplan**

---

Unter Hinweis auf die aktuelle Presseberichterstattung stellt Ratsherr Oettinghaus folgende Fragen:

„Wie ist es möglich, dass sich die Stadt Lüdenscheid unter Führung des zuständigen Dezenten Wolff-Dieter Theissen nicht in der Lage sah, fristgerecht zum Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplanes Stellung zu nehmen? Ist es richtig, dass in Lüdenscheid auf der Feuer- und Rettungswache ein Krankenwagen übrigbleibt, der nur noch montags bis freitags von 8 bis 16 Uhr einsatzbereit wäre? Ist es richtig, dass am Wochenende ein in Meinerzhagen stationierter KTW für Lüdenscheid zuständig wäre?“

Beigeordneter Theissen beantwortet die Anfrage wie folgt:

- I. Zu dieser Thematik hatte bereits der Vorsitzende des Bauausschusses, Ratsherr Diller, in der Ratssitzung am 24.10.2005 mehrere Fragen gestellt.  
Dazu hatte die Verwaltung noch in der Sitzung geantwortet, dass innerhalb der vom MK gesetzten Frist zum 04.11.2005 eine Stellungnahme der Stadt Lüdenscheid nicht abgegeben werde, weil mit dieser Problematik selbstverständlich zuvor der Rat und seine zuständigen Ausschüsse zu befassen seien. Ein diesbezügliches Schreiben ist dem MK am 30.09.2005 zugegangen; dem hat der MK bislang nicht substantiiert widersprochen. In der Ratssitzung hatte die Verwaltung auch darauf hingewiesen, mit der Bemerkung „Schweigen werde in diesem Fall als Zustimmung gewertet“.
  - II. Möglicherweise ist diese Antwort in der Ratssitzung am 24.10.2005 Ratsherrn Oettinghaus nicht bekannt geworden, obwohl er in der Sitzung anwesend war. Vielleicht war seine Aufmerksamkeit bei diesem TOP bereits erlahmt.
  - III. Die Verwaltung geht jedenfalls davon aus, dass die Politik auch weiterhin eine Beschlussvorlage für zunächst den Bauausschuss wünscht, damit das Ansinnen des MK dort – wie anschließend in Hauptausschuss und Rat – ausreichend diskutiert werden kann.
  - IV. Die zeitliche Abfolge stellt sich folgendermaßen dar:  
Der Entwurf des RettBedPlans ist bei der Stadt Lüdenscheid am 21.09.2005 eingegangen. Die nächste Bauausschuss-Sitzung findet erst am 30.11.2005 statt; dort wird der Entwurf des RettBedPlans eingebracht mit einem Beschlussvorschlag, dessen Inhalt im VV noch nicht festgelegt wurde. Die mit der Anfrage indizierte Aufregung um die zeitliche Dimension der städtischen Stellungnahme kann daher nicht nachvollzogen werden. Ebenso wenig die schneidige Bemerkung von Frau Heedfeld!
- Hinzu kommt für Lüdenscheid folgender wesentlicher Aspekt:  
Die Arbeit der Projektgruppe, die sich mit der Optimierung von Aufbau- und Ablauforganisation der FuR, insbesondere des Rettungsdienstes befasst, ist noch nicht ganz abgeschlossen. Es ist zu erwarten, dass die Ergebnisse der Projektgruppenarbeit in die Stellungnahme zum RettBedPlan einfließen werden. Also ist es geradezu sachgerecht, die Erkenntnisse und Empfehlungen der Projektgruppe abzuwarten.
- V. Im übrigen ist Lüdenscheid nicht allein betroffen. Lt. LN vom Samstag (05.11.2005) überlegt Meinerzhagen ebenfalls noch, wie Position bezogen werden soll. Auch Meinerzhagen will sich erst einmal umfassend informieren.
  - VI. Es überrascht i.ü., dass ein Ratsmitglied quasi obrigkeitstaatlichen Gehorsam in ehrfürchtiger Haltung gegenüber MK deutlich werden lässt. Die Terminierung auf den 04.11. ist lediglich als Wunschvorstellung, nicht als dekretierte Fristsetzung zu verstehen. Sollte MK dies allerdings anders werten, muss man sicher einige Hinweise zum Umgang der Kreisverwaltung mit den kreisangehörigen Gemeinden bei nächster Gelegenheit geben und nacharbeiten.

VII. Zur Sache:

Der Entwurf sieht vor, dass Einsätze mit dem KTW künftig nicht mehr nach Stadtgrenzen orientiert werden, sondern eher gebietsübergreifend. Das hat für Lüdenscheid zur Folge, dass nur noch tagsüber ein KTW zur Verfügung stehen soll.

Beim RTW-Einsatz ist keine Änderung vorgesehen. Daher besteht insoweit auch nicht die Gefahr von Verschlechterungen bei der Notfallrettung.

Vorsitzender

Schriftführer